



ANLAGEN DÜRFEN NICHT EINFACH VERSCHWINDEN

Kurt Beck berichtet von seiner Kindheit am Westwall

IN DIESER AUSGABE:

Debatte um die
Zukunft der Demokratie

Gegen Angstmacherei
in der Politik

Ich bin in Steinfeld, mitten im Westwall, aufgewachsen und lebe nach wie vor dort. Steinfeld war durchschnitten durch den Westwall; mitten durchs Dorf gingen die Anlagen. Das halbe Dorf war abgerissen worden, um ein neues Wehrdorf entstehen zu lassen, das die Kraft und Macht des Dritten Reichs repräsentieren sollte. Auch der kleine Bauernhof meiner Großeltern war abgerissen worden.

Das geplante Wehrdorf wurde niemals realisiert, lediglich am Ende des Dorfs wurde begonnen, etwas Neues aufzubauen. Ich erinnere mich daran, dass in meiner Kindheit die Leute über diesen Bau immer gesagt haben, das sei das Blindenheim. Ich habe das zunächst nicht verstanden, denn dort wohnten doch gar keine Blinden. Aber die Bezeichnung wollte verschlüsselt darauf hinweisen, dass man damit den Wahnsinn, die Blindsightigkeit dieser Abrisspolitik kritisieren wollte. Offen kritisieren konnte man in der Zeit des Nationalsozialismus nicht, und so hat man, wie der Volksmund das manchmal unnachahmlich kann, diesen Begriff ins Leben gerufen.

Meine Familie war von der Abrisspolitik der Nazis auf vielfache Weise betroffen. Mein Vater wurde nach seiner Maurerlehre wie alle Bauarbeiter mehr oder weniger verpflichtet, an der Errichtung des Westwalls mitzuarbeiten. Dieses Zusammentreffen junger Männer wurde dazu genutzt, für den Militärdienst zu werben, mit der Folge, dass mein Vater als Siebzehnjähriger freiwillig zum Militär gegangen ist.

Ich betone das, um auf die Hintergründe und ideologischen Absichten hinzuweisen, die weit über den bloßen Bau eines monumentalen Werks der Abschottung gegen Frankreich hinausgehen.

Auch haben die Menschen entlang des Westwalls erlebt, was Flucht bedeutet. Sie wurden zu Beginn des sogenannten Frankreichfeldzugs zum ersten Mal evakuiert: die Frauen aus meiner Familie in den Raum Bamberg in Oberfranken. Sie kamen erst wieder zurück, als Paris besetzt war und die Grenzregion wieder besiedelt werden konnte. Die zweite Flucht verlief dann völlig ungeordnet, nämlich im Frühjahr 1945, als die alliierten Truppen anrückten. Man muss daran erinnern, wie viele unter uns eine Fluchtgeschichte haben und wie froh man damals war, irgendwo aufgenommen zu werden.

Als Kinder haben wir in den Trümmern des Westwalls gespielt. Das waren nicht gerade ungefährliche Spielplätze, aber für uns Kinder war es ein Abenteuer. Mit der Zeit hat man jedoch erkannt, dass es nicht in Ordnung sein kann, dass es dort nur Trümmer gibt. Im Dorf trieb alle die Frage um, wie man wieder ein Dach über den Kopf bekommt und wie man es schafft, auf seinem eigenen Grundstück, auf dem früher mal etwas Vernünftiges gestanden hat, wieder eine Zukunft aufzubauen. Dieses Thema war im familiären Alltagsgespräch allgegenwärtig.



Kurt Beck. (Foto: epd)

Hinter allem stand die große Sorge: Wird es wieder einen Krieg geben? Für die Generation meiner Großeltern und Eltern wurde es angesichts des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 sowie des Ersten und des Zweiten Weltkriegs fast schon als ein Automatismus betrachtet, dass so etwas wieder auf uns zukommen würde. Man hat die Folgen des Kriegs noch sehr deutlich vor Augen gehabt, weil nach 1945 nur sehr langsam, Schritt für Schritt, wieder neu aufgebaut werden konnte.

An der deutsch-französischen Grenze kam noch dazu, dass durch die Flucht und die Verweigerung der Rückkehr ins eigene Dorf die Lage für die Menschen zusätzlich erschwert worden ist. Die französische Besatzungsmacht erklärte nach dem Krieg die Grenzzone zum Niemandsland, um einen Abstand zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. Also durften die Leute nicht im Frühjahr, sondern erst im Herbst 1945 wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Bis dahin war die Pflanzperiode jedoch vorbei, mit der Folge, dass man selber nichts zum Essen hatte und auch nichts hatte, womit man tauschen konnte. Das bedeutete, dass man weder Dachziegel noch anders Baumaterial eintauschen konnte, was diese Grenzdörfer beim Wiederaufbau gegenüber Dörfern in anderen Regionen stark zurückgeworfen hat.

Mein Vater hatte mir von der Maginot-Linie auf der anderen Seite der Grenze erzählt und davon, wie es war, sich feindlich gegenüberzustellen. Später kam dann die Information über die blutdurchdrängten Schlachtfelder dazu. Das alles waren Themen, die zwar nicht in einer aufklärerischen Form vorgetragen wurden, sondern eher als Alltagsorgen herausforderten.

Wir haben dann später erlebt, dass die Westwall-Anlagen entsorgt werden sollten. Mit enormem finanziellem Aufwand wurde alles gesprengt, plattgemacht, teilweise vergraben. Als ich später Bürgermeister in Steinfeld war und nachgefragt habe, warum das immer noch mit diesem Aufwand betrieben wird, erhielt ich als Antwort, es ginge um die Verkehrssicherung. Es sollte verhindert werden, dass jemand in die Trümmer geratet und sich verletzen könnte. Dieses Ziel der Verkehrssicherung hätte man einfacher haben können, aber es war fast schon ein ideologisches „Aus-den-Augen-aus-dem-Sinn“-Denken, um nicht mehr an die schreckliche Zeit erinnert zu werden.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen liegt es nahe, darüber nachzudenken, ob es nicht besser wäre, diese Anlagen zu erhalten. Will man aber diese Anlagen für die Nachwelt erlebbar und erfahrbar machen, muss man sich den Herausforderungen stellen. Uns war klar, dass deren Erhalt immer mit dem Risiko verbunden ist, dass die falschen Gruppierungen dort ihre Begegnungen zelebrieren.

Trotzdem haben sich Menschen von beiden Seiten der Grenze getroffen und mit der Frage beschäftigt, wie man über das Abreißen hinaus Interesse an diesem Monument wecken kann. Und so wurde eine Kooperation von Menschen geschaffen, die interessiert sind an einem mahnenden Erhalt des Westwalls.

➤ Redaktionell gekürztes Geleitwort beim Stakeholder-Workshop „Perspektiven für den Westwall. Geteilte Verantwortung für einen Grenzraum“, der am 26. Januar 2018 gemeinsam von der Evangelischen Akademie und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz veranstaltet wurde.

EDITORIAL

Ein echter Historikerstreit entzündete sich auf der kirchengeschichtlichen Tagung der Evangelischen Akademie und des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte anlässlich des Jubiläums der pfälzischen Kirchenunion. Der Landauer Historiker Erich Schunk stellte heraus, dass der bayerische König mit seinem Unionsreskript eine Gemeindebewegung aufgriff, ohne selbst Partei zu beziehen. Er habe auf Zwangsmaßnahmen verzichtet und den pfälzischen Protestanten beträchtliche Freiräume eingeräumt.

Der rheinische Historiker Andreas Metzging hingegen betonte obrigkeitliche Momente: Die Union lag im Interesse der bayerischen Staatsräson. Es ging um die Minimierung religiöser Spannungen und um eine möglichst einheitliche Verwaltung der Staatskirche. Die „Hausväterbefragung“ zur Union habe eher legitimatorischen Charakter gehabt. Die Generalsynode war kein gewähltes, sondern ein vom König ernanntes Gremium. Herrin des Verfahrens seien letztlich die Konsistorien in Speyer und in München gewesen. Metzgings These erfuhr in der Diskussion erheblichen Widerspruch – mit guten historischen Argumenten, aber auch, weil sie am Selbstbild des pfälzischen Protestantismus kratzt: eine Kirche, in der die Gemeinde als „Pflanzstätte des christlichen Glaubens“ vor allen anderen Organen rangiert (§ 5 Kirchenverfassung); eine Synode, die als „kirchliche Volksvertretung ... die Inhaberin der Kirchengewalt“ ist (§ 66 Kirchenverfassung); „ungestörte Glaubensfreiheit“, die für alle pfälzischen Protestanten gilt (Präambel der Unionsur-



Akademiendirektor Christoph Picker.

kunde).

Es ist gar nicht so leicht, zu erkennen, ob tatsächlich Beteiligung drin ist, wo Beteiligung draufsteht. Das gilt im kirchlichen Raum wie im politischen. Es gilt genau hinzuschauen, ob Beteiligungsverfahren tatsächlich Gestaltungsfreiheit eröffnen oder ob sie nur schöner Schein sind. Sprich: ob es letztlich doch nur darum geht, dass die Betroffenen abnicken, was sich andere zuvor ausgedacht haben.

Beteiligung ist anspruchsvoll. Sie erfordert die Bereitschaft, sich kundig zu machen, Interessen offenzulegen, zu widersprechen, Konflikte auszutragen, Macht zu teilen und das Risiko einzugehen, dass andere Lösungen herauskommen als die eigenen Lieblingsideen.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Die Akademie ist wieder zurück in Landau auf dem Butenschoen-Campus. Die Büros am Kopf des Neubaus sind bezogen. Telefon, Internet und Kaffeemaschine funktionieren. Die baustellenbedingten Parkplatzsorgen lösen wir „all'italiana“ und hoffen darauf, dass auch die Presslufthammer-Attacken irgendwann abebben. Schön ist es geworden. Nur dem verwunschenen Garten am ehemaligen Pfarrhaus des Direktors des Predigerseminars trauern wir nach. Seit dem Umzug wieder an Bord ist unsere Verwaltungsleiterin Christina Obermeier. Ihre Elternzeitvertretung Elena Riemer-Koch hat inzwischen selbst eine Tochter zur Welt gebracht. Fast gleichzeitig Vater geworden ist unser Jugendbildungsreferent Felix Kirschbacher.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, E-Mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

DIGITALE LEBENSKOMPETENZ

Die Digitalisierung war Thema einiger Veranstaltungen, aber auch im Alltag der Akademie in den letzten Monaten. Vor allem im Zusammenhang mit Bildung besteht weiterhin Diskussionsbedarf, wie die dritten Südwestdeutschen Medientage in Landau und der Junge Akademie-Workshop „Lernen fürs Leben oder für den Lebenslauf? Zusammenhänge von Bildung und Wirtschaft“ nahelegten.

Ein frischer Digitalisierungswind weht durch die Akademie: Unsere Website wird runderneuert. Veraltete Module und eine nicht mehr zeitgemäße Ästhetik werden verabschiedet, ab Juni präsentieren wir unsere Arbeit in einem neuen Licht. Die Facebook-Seiten und unser Jugendbildungsprogramm lassen sich jedoch nicht mehr finden. Die aktuellen Entwicklungen rund um die Social-Media-Plattform haben den endgültigen Anlass gegeben, uns von dort zurückzuziehen.

Doch auch in anderen Kontexten spielt die Digitalisierung eine größere Rolle. Während der Medientage mit dem Titel „Tempo! – Journalismus in der Beschleunigungsfalle“ kam kaum eine Äußerung ohne diesen Begriff aus. In den letzten Jahren ließen sich die meisten Beiträge zum Digitalisierungsdiskurs einem von zwei Lagern zurechnen. Entweder bewertete man die Digitalisierung als große Chance für gesellschaftlichen Fortschritt oder betrachtete sie als unbeherrschbare Welle, die über jeden hinwegrollt.

Aber sowohl Optimismus als auch Pessimismus weichen zunehmend einer konstruktiven Haltung: Ja, Digitalisierung betrifft alle Menschen und lässt sich nicht mehr aufhalten. Aber sie lässt sich auch gestalten. Diese Aufgabe weisen Bund und Länder momentan der Schule zu. Digitalisierung wird zu einer übergeordneten Bildungsaufgabe deklariert, doch die Fokussierung auf schulische Bildung geht auf falsch verstandene Wortmeldungen zurück, wie sie etwa die Medienwissenschaftlerin Caja Thimm bei den Medientagen beschrieb: „Medienkompetenz ist von gestern, heute brauchen wir digitale Lebenskompetenz.“ In ein ähnliches Horn stieß der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung, indem er Digitalisierung eine „erzieherische Aufgabe“ nannte. Mit Erziehung und der Vermittlung von Lebenskompetenzen wird automatisch das Schulwesen in Verbindung gebracht, auf diese Weise unterschätzt man die anstehenden Aufgaben zur Bewältigung der Digitalisierung jedoch in erheblichem Maße. Gerade auch an den Hochschulen muss in allen Fächern – und nicht nur in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern – eine

massive Anpassung der Curricula erfolgen, um auf die neuen Anforderungen einer sich rasant verändernden Arbeitswelt zu reagieren.

Damit ist jedoch keinesfalls gemeint, dass Schüler und Studenten nun programmieren lernen müssten. Eine solche technologiefixierte Perspektive verkennt die ganzheitliche Dimension der Digitalisierung. Es geht um neue Aspekte allgemeiner Kompetenzen: Wie lese, recherchiere und interpretiere ich im Netz? Welche Anwendungen und Technologien erleichtern oder erschweren Austausch, Zusammenarbeit oder konzentriertes Arbeiten? Welche Schutzmaßnahmen in der digitalen Welt muss ich kennen und nutzen können? Nach welchen Regeln gelingt digitale Kommunikation?

Wie problematisch die Auswirkungen der Digitalisierung ohne solche Kompetenzen bereits in kleinem Umfang werden können, offenbarte sich während eines Workshops der Jungen Akademie. Wie Teilnehmer berichteten, ist es an einigen Schulen durchaus übliche Praxis, dass Lehrer und Schüler in Whatsapp-Gruppen – eine beliebte Funktion des Messenger-Dienstes – als Klasse auch nach Unterrichtsende verbunden sind und auf diese Weise etwa vergessene Hausaufgaben von der Lehrkraft am Wochenende nachträglich als Aufgabe kommuniziert werden. Ähnliche Erlebnisse lassen sich sicherlich auch in einigen Unternehmen finden.

Neben der offensichtlichen Verletzung des Schutzraums von jungen Menschen und dem fragwürdigen Verhältnis zu Datenschutz verstößt solches Verhalten auch gegen die Regeln des Landes Rheinland-Pfalz. Zumeist werden Regeln in solchen Fällen nicht bewusst ignoriert, sondern schlicht nicht erkannt. Hier muss die dritte Säule eines digitalen Bildungsvorhabens ansetzen. Auch Professorinnen, Lehrer, Eltern und generell Erwachsene müssen in Fort- und Weiterbildung einen souveränen Umgang mit der digitalen Welt erlernen (können). Die dafür notwendigen Strukturen und die dafür notwendige Einsicht, auch als gebildeter, erwachsener Mensch dazu neues Wissen und neue Kompetenzen zu brauchen, fehlen hingegen noch zu oft. *Felix Kirschbacher*

Auch Erwachsene müssen einen souveränen Umgang mit der digitalen Welt erlernen.

Regierung ohne Volk“ lautet der pathetische Titel einer Streitschrift, in der die Journalistin Ursula Weidenfeld eine tiefe Entfremdung von Politik und Bevölkerung konstatiert. Sie steht in einer langen Reihe von Wortmeldungen, die Krisenphänomene der repräsentativen Demokratie in den Blick nehmen: Zuschauerdemokratie (Bernard Manin), Postdemokratie (Colin Crouch), Fassadendemokratie (Wolfgang Staeck), Demokratie im Sinkflug (Gertrud Höhler). Umfragen scheinen die Krisenrhetoriker zu bestätigen: Ende 2017 bezweifelten 53 Prozent der Bundesbürger, dass es in Deutschland tatsächlich eine Herrschaft des Volkes gäbe (Forsa). Ein irritierender Befund – auch wenn 71 Prozent der Befragten gleichzeitig angaben, sie seien mit dem politischen System zufrieden. Was ist los mit der Demokratie? Haben die Regierenden tatsächlich die Bindung zur Bevölkerung verloren?

Dass Politikerinnen und Politiker unter zunehmendem Reputationsverlust leiden, das gilt nicht nur für das Washingtoner, Brüsseler, Berliner oder Mainzer „Establishment“, also für diejenigen, für die Politik Beruf ist. Auch ehrenamtliche Bürgermeister, Repräsentanten in Kommunalparlamenten und Ortsbeiräte sehen sich mit wachsenden Ressentiments konfrontiert. Die Kandidatensuche für politische Ämter ist häufig eine zähe Angelegenheit. Die evangelische Kirche macht im Blick auf ihre synodal-presbyterialen Leitungsstrukturen ähnliche Erfahrungen. Unübersehbar ist der Akzeptanzverlust der politischen Parteien. Die Mitgliederentwicklung ist insgesamt rückläufig. Seit Jahren warnen Fachleute, dass sich ganze Bevölkerungsgruppen aus den politischen Meinungsbildungsprozessen zurückziehen. „In Deutschland wie den meisten anderen etablierten Demokratien sind die unteren Schichten weitgehend aus der politischen Partizipation ausgestiegen“, stellt der Berliner Demokratieforscher Wolfgang Merkel fest.

Der Vertrauens- und Akzeptanzverlust erstreckt sich auch auf das politische System der freiheitlichen Demokratie als solcher. In vielen europäischen Ländern gewinnen autoritäre und populistische Optionen an Einfluss. Das Prinzip der demokratischen Repräsentation wird infrage gestellt. Gewaltenteilung sowie Presse- und Meinungsfreiheit geraten unter Druck. In Deutschland sorgt vor allem der Aufstieg der AfD für Unruhe. Hierbei mögen auch Verlustängste der etablierten politischen Kräfte eine Rolle spielen. Ei-



Zentrum politischer Debatten mit nachlassender Strahlkraft: Der Deutsche Bundestag.

(Foto: epd)

DIE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Debatte um die Zukunft der Gesellschaft ist notwendig

Politik- und Parteiverdrossenheit scheint ein verbreitetes Phänomen unserer Gesellschaft zu sein. Dabei besteht die Tendenz, dass dieses Phänomen immer tiefer ins Bewusstsein der Bevölkerung dringt und – medial verstärkt – die öffentlichen Debatten prägt. Akademiedirektor Christoph Picker analysiert im Essay die Hintergründe und stellt ein Projekt vor, mit dem sich die Evangelischen Akademien an der Debatte beteiligen wollen.

niges spricht aber dafür, dass Grundsätzlicheres auf dem Spiel steht: die Zukunft der deliberativen, auf öffentlicher Meinungsbildung beruhenden Demokratie und der freiheitlichen Gesellschaft insgesamt.

Die politischen Akteure reagieren unterschiedlich auf die Krisenphänomene. Apogetische Reflexe und Muster der Selbstrechtfertigung sind durchaus nachvollziehbar. Hinter solchen Strategien aber wird Verunsicherung spürbar. Im Ohr klingt mir die Bemerkung eines Politikers: „Wir eiern da alle rum.“

Die Kirchen in Deutschland haben ihre Liebe zur Demokratie erst spät entdeckt. 1933 verteidigte auch in den Kirchen kaum jemand die Demokratie. Scharenweise liefen Kirchenvertreter und Mitglieder zur NS-Diktatur über. Nach 1945 dauert es 40 Jahre, bis die EKD offiziell in einer Denkschrift ihre „Zustimmung zur freiheitlichen Demokratie“ erklärte. Weder vom frühen Christentum, noch von der Reformation führt ein direkter Weg zur Demokratie. Inzwischen aber ist das entschlossene „Ja“ zur Demokratie fester Bestandteil der Identität der großen Kirchen in Deutschland geworden. Zu Recht: Die bundesrepublikanische Demokratie garantiert seit 70 Jahren in hohem Maße den Schutz der Menschenwürde, soziale Standards, indi-

viduelle Freiheitsrechte einschließlich der Religionsfreiheit, Begrenzung von Macht und einen weitgehend friedlichen Ausgleich konkurrierender Interessen. Das alles sind Errungenschaften, die auch aus der Perspektive des christlichen Glaubens nicht zur Disposition stehen können. Die Kirchen tun also gut daran, aktiv und energisch zur Gestaltung und Verteidigung der Demokratie in Deutschland beizutragen.

Angesichts sich verdichtender Krisenphänomene erscheint eine grundsätzliche Beschäftigung mit dem Zustand der Demokratie erforderlich. Die Evangelische Akademie der Pfalz wird zusammen mit den Nachbarakademien des Rheinlands und Hessen-Nassaus sowie mit dem Evangelischen Büro Mainz einen Orientierungsprozess zur „Zukunft der Demokratie in Rheinland-Pfalz“ initiieren. Dabei werden auch unbequeme Fragen zu diskutieren sein: Gibt es die Gefahr einer Abschottung gesellschaftlicher Eliten – und so etwas wie eine „Milieuverengung“ des politischen Betriebs? Überraschend wäre das nicht. Denn professionelle Politiker und sachkundige Verantwortungsträger können kaum die gesamte Gesellschaft symmetrisch abbilden. Und doch stehen sie vor der Herausforderung, einigermaßen selbstlos zugunsten anderer zu wirken – auch für die, deren Lebenswirklichkeit sie nicht aus eigener Anschauung kennen.

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft die Eigeninteressen der Mächti-

gen. Psychologisch wird man diesen Faktor nicht völlig ausschließen können. Polemisch und medial verstärkt werden immer wieder Vorwürfe der Selbstbedienungsmentalität und der Ämterpatronage erhoben. Jüngstes Beispiel ist die Debatte um die Besetzung der Direktorenstelle der Landesmedienanstalt. Was lässt sich dem überzeugend entgegensetzen? Wie dramatisch ist es, dass sich ein Drittel der Gesellschaft aus der politischen Teilnahme zurückgezogen hat? Hält die Demokratie das aus? Verlorene Gruppen für den politischen Prozess wiederzugewinnen, erscheint als vordringliche Aufgabe. Die bisherigen Strategien – auch intensive Bemühungen im Bereich der politischen Bildung – konnten hieran bislang nichts Grundlegendes ändern. Schließlich: Unter welchen Bedingungen kann die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zu aktiver politischer Partizipation gestärkt werden? Was muss passieren, damit der Staat nicht nur als Dienstleistungsagentur, sondern als gemeinsame Angelegenheit begriffen wird?

Die liberale Demokratie braucht unterschiedene Fürsprecherinnen und Fürsprecher. Es schadet ihr, wenn sie schlechtgeredet und verächtlich gemacht wird. Manche der populistischen Akteure scheinen genau das zu beabsichtigen. Schönfärberei aber schadet der Demokratie in ähnlichem Maße. Krisenphänomene zu ignorieren und kritische Anfragen abzublenden – das wäre grob fahrlässig.

Christoph Picker

Angesichts der Krisenphänomene erscheint eine Beschäftigung mit der Demokratie erforderlich.

Im persönlichen Leben sind wir immer gut beraten, dem Grundsatz zu folgen: „Man muss sich seinen Ängsten stellen. Nur so kann man verhindern, von ihnen beherrscht zu werden.“ Wir wissen, dass die Verdrängung von Ängsten schlimme Folgen haben kann. Sie werden stärker, toben sich aus, führen zu extrem belastenden Verhaltensmustern. Im privaten Umfeld ist es also vollkommen klar, wie man mit Ängsten umgehen muss.

Kommen wir aber ins politische Feld, verändert sich unser Blick auf die menschliche Grundkonstante Angst. Es gibt zwei extreme Denk- und Verhaltensschulen: Die eine setzt Angst als Waffe ein, als ein effektives Mittel, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sie zu beherrschen und „die Masse“ zu lenken. Die andere hat eine leicht idealisierte Vorstellung der politisch-öffentlichen Diskussion. In dieser sollen Ängste keine entscheidende Rolle spielen. Das aufgeklärte, informierte Gespräch steht im Zentrum, und die anstehenden Entscheidungen sind letztlich immer von Fakten geprägt und an der Vernunft orientiert.

Wer sich mit amerikanischen Wahlkämpfen beschäftigt, wird nicht umhinkommen, sich mit dem Thema „Negative Campaigning“ auseinanderzusetzen. Damit ist gemeint, dass man den eigenen Wahlkampf nicht nur darauf verwendet, positiv die eigenen Vorschläge zu beschreiben, sondern aggressiv und nach allen Regeln der Kunst den politischen Konkurrenten offen oder verdeckt attackiert. „Negative Campaigning“ ist darauf gerichtet, das Vertrauen in den konkurrierenden Kandidaten grundlegend zu erschüttern und Wähler davon abzuhalten, für ihn die Stimme abzugeben. Das ist kein neues Phänomen und erst recht nicht abhängig von einer zeitgemäßen Social-Media-Umgebung. Man kann die Wahlkämpfe der Vergangenheit anschauen und findet dafür immer Beispiele.

In Deutschland gehörte es sehr lange zum guten politikwissenschaftlichen Ton, zu behaupten, dass „Negative Campaigning“, und damit das Spiel mit der Unruhe und der Angst, hierzulande nicht wirklich funktionieren würde. Die Argumentation ging meist folgendermaßen: Deutschland sei sehr harmonieorientiert, der Stil und die Art des Umgangs spielen eine große Rolle, und es würde von den Wählern abgestraft, wenn man mit den Mitteln des „Negative Campaigning“ arbeiten würde. Ich persönlich halte das für ziemlich Unsinn. Jeder Wahlkampf arbeitet mit Hoffnung und Sorge. Für die Union

führten alle Wege des Marxismus nach Moskau, und für mich als jungen Sozialdemokraten war es 1980 wichtig, „Strauß zu stoppen, damit die Demokratie nicht in Gefahr gerät“.

Die Abmischung zwischen einer Hoffnungslinie und einer Sorgelinie, zwischen Angebot und Angriff, zwischen Vertrauen und Angst ist in jeder Kampagne anders und verändert sich auch oft während der Wahlkämpfe. Alle politischen Themen sind mehr oder weniger aufgeladen mit Emotionen, Wertorientierungen, Erfahrungen, Vorurteilen, Hoffnungen und Sorgen. In manchen Situationen verdichtet sich das, es eskaliert und hat dann eine enorme Hebelwirkung auf die Politik. So besteht aus meiner Sicht kaum ein Zweifel daran, dass der Atomausstieg im Jahr 2011 ohne die Bilder von explodierenden Atomkraftwerksanlagen in Japan nicht so schnell gekommen wäre. Oder denken wir an den 11. September 2001. Jeder wird wissen, was er an diesem Tag gemacht hat. Und die allermeisten werden sich an die Erklärung von Bundeskanzler Schröder, neben ihm Joschka Fischer und Otto Schily, erinnern, die Sicherheit und Ruhe geben wollten. Ein anderes Beispiel: 2008, als in den USA die Bankenkrise eskalierte, Lehmann Brothers dichtmachen musste, die Hypo Real Estate ins Schlingern kam; Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück traten vor die Presse und versuchten Ängste zu nehmen, Panik zu verhindern.

Für die Politik ist es in solchen Situationen weniger die Frage, ob Angst ein Erfolgsfaktor ist, sondern wie man einer dramatischen Unruhe und Unsicherheit begegnet, die Ängste anspricht, einordnet und daraus eine nachvollziehbare Konsequenz zieht. Politische Entscheider müssen also immer die Ebene des Vertrauens, der Hoffnungen, der Sorge und der Ängste im Blick haben. Man muss sie verstehen und eine eigene, souveräne Haltung dazu haben.

Dies gilt natürlich noch mehr in Wahlkämpfen. Hier treffen wir die demokratische Entscheidung über Machtverteilung und Richtung der Politik. Eine Wahl hat keine Nachspielzeit und erhebliche Konsequenzen für alle Beteiligten. Alle, die Wahlkämpfe schon einmal aus nächster Nähe erlebt haben, wissen, wie hoch der Druck ist. Wir reden eben auch von einem Kampf. Der Begriff macht schon klar, dass es zuweilen konfrontativ zugeht. Die Schrittfolge ist zunächst, dass eine Partei die strategische Ausgangslage betrachtet: Was sind die wesentlichen po-

Politische Entscheider müssen Sorgen und Ängste der Menschen beachten.



Demokratische Strukturen stärken: Demonstrationen gegen Hetze und Populismus sind wichtige Säule der Zivilgesellschaft.

(Foto: epd)

INSELN DER VERNUNFT BILDEN GEGEN ANGSTMACHEREI IN DER POLITIK

Demokratie im Panikschub: Wie in Wahlkämpfen die Öffentlichkeit manipuliert wird

In der Reihe „Landauer Akademiegespräche“, die von der Evangelischen Akademie gemeinsam mit dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Landau und der Stadt Landau veranstaltet werden, lautete am 8. November das Thema „Angst als politischer Erfolgsfaktor“. Einer der Referenten war der frühere Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter der SPD, Kajo Wasserhövel. Wasserhövel, der heute Geschäftsführer der Strategieberatung „elephantlogie“ ist

litischen Herausforderungen? Wo hat man Stärken und Schwächen? Wie ist man in der Parteienkonkurrenz positioniert? Wie ist die personelle und wie die operative Aufstellung? Und wie ist das Wählerpotenzial?

Danach beginnt man mit einer detaillierteren Planung. Die Parteien müssen in einem Wahlkampf, der auf 60 Millionen Wähler zielt, ganz unterschiedliche Gruppen ansprechen und von sich überzeugen. Die Mentalitäten sind unterschiedlich. Der Mensch in Mecklenburg-Vorpommern „tickt“ an-

ders als der Rheinländer. Manchmal gibt es vielleicht große, verbindende Themen, aber meistens ist es sehr schwer, einen gemeinsamen Nenner in einer Wahlkampagne zu finden. Wertorientierungen, Haltung zu Personen und Emotionen spielen eine zentrale Rolle. Und es sind dann Grundmuster, die aktiviert werden: Man steht auf der richtigen, auf der guten Seite. Gemeinsam gegen „die da oben“. Man will „Denkzettel verteilen“.

In den vergangenen Jahren findet der Austausch der Argumente auf dem

gemeinsamen Marktplatz der Demokratie immer weniger statt. Es wird immer intensiver die eigene Fankurve angesprochen, es wird mit Teilräumen kommuniziert. Das gemeinsame Gespräch, bei dem man sich unterschiedliche Argumente anhört und dann zu einer Entscheidung kommen kann, findet immer weniger statt. Stattdessen gibt es oberflächliche Gesprächssimulationen in unzähligen Talkshow-Formaten.

Auch das verändert grundlegend unsere politische Kultur und reduziert die Fähigkeit der Gesellschaft, rational

mit Ängsten umgehen zu können. Als Wahlkampfmanager sollte man die Untiefen kennen und damit verantwortlich umgehen. In den vergangenen Jahren konnte man vielleicht auf solche Fragestellungen entspannter schauen und davon ausgehen, dass Ausreißer bestraft werden und unser politisches System zur Selbstkorrektur in der Lage ist. Heute bin ich mir darüber nicht mehr so sicher. Die Parteien stehen meines Erachtens vor der Aufgabe, eine neue Form der politischen Kommunikation aufzubauen, die Menschen erreicht und

mobilisiert, ohne zum einfachen und billigen Mittel der Polarisierung zu greifen. Man kann an der vollkommen zerrütteten politischen Landschaft in den USA erkennen, wohin es führt, wenn man sich nur noch in Freund-Feind-Kategorien begegnet.

Wenn wir uns das Themenfeld Zuwanderung ansehen, hat das in Wahlkämpfen ja seine eigene Geschichte. Ich erinnere nur an den Landtagswahlkampf in Hessen von Roland Koch, der intensiv gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mobilisierte; oder Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen mit seiner „Kinder statt Inder“-Kampagne. Aber das war alles ein harmloses Spiel mit Emotionen und Ängsten, wenn wir es mit den Landtagswahlkämpfen der vergangenen zwei Jahre und der Bundestagswahl vergleichen. Die AfD ist mit ihren Kampagnen voller Ressentiments in viele Landtage und den Bundestag eingezogen.

Schon nach einigen Monaten zeigt sich, dass der Einzug rechter Demagogen in den Parlamenten das politische Klima verändert und das Verhalten von CDU, CSU, SPD, Grünen und Linkspartei nachhaltig beeinflusst. Aber es geht darüber hinaus und betrifft auch Unternehmen, Gewerkschaften oder auch die Kirchen.

Herausgefordert von dem demagogischen Unsinn sagt man nicht „Ich habe Angst, in die Konfrontation zu gehen“, sondern es wird etwas vernuschelt dargestellt. „Wir spielen deren Spiel nicht mit“, „Wir springen nicht über jeden Stock, der uns hingehalten wird“ – so oder ähnlich wird dann taktisch rasoniert. Das mag richtig sein, wenn man es mit einer Randerscheinung der öffentlichen Kommunikation zu tun hat. Dann muss man in der Tat keine weitere Bühne bauen. Aber wenn es die zentralen Debatten sind und man mit diesen Begründungen verstummt, nimmt man in Kauf, dass die Feinde der Demokratie und der Toleranz den öffentlichen Diskurs bestimmen.

Nicht anders sind aus meiner Sicht die aktuellen Äußerungen aus der CSU, aber auch aus der sächsischen CDU zu verstehen. Die Angst vor Landtagswahlen führt zum intellektuellen Kurzschluss. Man hofft, durch eine eigene Ausgrenzungsrhetorik („Der Islam gehört, egal in welcher Form, nicht zu Deutschland“) wieder Boden gutzumachen. Da diese Strategie nun schon seit einiger Zeit ausprobiert wird und die Werte der AfD stabil bleiben, wäre es eigentlich klug, die Prämissen dieses strategischen Ansatzes einmal zu überprüfen.

Viele Menschen engagieren sich in demokratischen Initiativen, Netzwerken, demonstrieren und argumentieren. Sie machen das mit Ausdauer und auch in Regionen, in denen es eben nicht so einfach ist wie etwa in Tübingen, für Weltoffenheit und Toleranz zu sein. Dieses Engagement ist stark, und man kann nur froh sein, dass es so viele sind. Aber: Die Dauerempörung ist anstrengend, und sie nutzt sich schnell ab. Das ist das Problem, mit dem man umgehen muss, wenn einem die schrittweise Verschiebung des Sagbaren nicht kaltlässt.

Seriöse Medien unterstützen und demokratische Strukturen stärken.

Wenn wir die Entwicklung der politischen Landschaft – und dies gilt nicht nur in Deutschland – für ein Risiko der Demokratie halten und nicht einfach nur hoffen wollen, dass „die Gespenster wieder verschwinden“, stellt sich die Frage, was man tun kann. Wir wissen, es gibt nicht den einen archimedischen Hebel, und man sollte auch nicht nur anderen Aufgaben zuordnen. Was kann man also tun? Da zu nur drei Vorschläge:

Zum Ersten: die eigene Sprache sehr bewusst und aktiv benutzen. Man hat jeden Tag unzählige Gelegenheiten, direkt oder im Netz die Diskussion offen, aktiv, wertschätzend, neugierig und vor allem deeskalierend zu führen. Es sind kleine Beiträge, aber sie summieren sich zur Gesprächskultur oder eben zur Gesprächsunkultur über die öffentlichen Angelegenheiten.

Zum Zweiten: seriöse Medien aktiv unterstützen. Es gibt viele Journalisten, die jeden Tag gewissenhaft und ausdauernd Meinung und Information erkennbar trennen, die Quellennetze überprüfbar machen und in der Lage sind, Komplexität verständlich darzustellen. Man kann diese Medien unterstützen, indem man sie abonniert, zitiert und weiterempfiehlt.

Zum Dritten: demokratische Strukturen stärken. Ob man dies in einer Partei tut oder in den vielfältigen Strukturen der Vereine und Verbände, ist nachrangig. Wichtig ist, sich zu organisieren und mit anderen Menschen „Inseln der Vernunft“ zu bilden, die man dann miteinander vernetzt. Das ist enorm wichtig, denn lebendige demokratische Strukturen sind die beste Versicherung gegen ein abermaliges Abgleiten unserer Gesellschaften in Verhaltensweisen, die wir für überwunden glaubten.

Und bei all dem wird man umso erfolgreicher sein können, wenn man in der Lage ist, Ängste zu erkennen, zu verstehen und aktiv anzusprechen. Man muss ihnen auf den Grund gehen und darf sich dabei nicht beirren und provozieren lassen. *Kajo Wasserhövel*

KRITISCH DENKEN GEFRAGT

Notwendigkeit für Ethik an Universitäten und Hochschulen

Während Nachhaltigkeit an immer mehr Hochschulen auf die Tagesordnung rückt, spielt das Thema Ethik im Uni-Alltag noch kaum eine Rolle. Der Akademie-Partner „sneep e.V.“ (student network for ethics in economics and practice) will dies mit einer neuen Initiative ändern: Sneep und weitere studentische Organisationen haben im letzten Jahr ein Positionspapier zu „Nachhaltigkeit und Ethik an Hochschulen“ veröffentlicht, dessen Forderungen und Argumentation die „sneep“-Vorstandsvorsitzende Loreen Wachsmuth hier vorstellt.



Ethik soll im Hochschulalltag stärker gewichtet werden: Haus der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt. (Foto: cpd)

Zentraler Hebel für den Wandel hin zu nachhaltigem Wirtschaften sind reflektierte Entscheidungsträger, die Verantwortung übernehmen und innovativ handeln. Da ein Großteil der Fach- und Führungskräfte Hochschulen besucht hat beziehungsweise besuchen wird, kommt diesen gesellschaftlichen Institutionen eine wichtige Rolle zu. Sie müssen die Voraussetzungen und Fähigkeiten für reflektierte Entscheidungen und den Umgang mit komplexen Herausforderungen schaffen, denn während der Studienzzeit lernen Studierende nicht nur Fachwissen, sondern auch soziale Kompetenzen und den Wertekanon der Hochschule kennen. Auf diese Art und Weise, so wie in Unternehmen auch, prägen sich Verhaltensmuster aus, die sich an der Gruppe orientieren. Umso wichtiger ist es, dass die Hochschulen Ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

Dabei spielt nicht nur das Thema Nachhaltigkeit eine Rolle. Einige Hochschulen haben sich diesem Thema nämlich schon angenommen, bieten Module oder gar ganze Studiengänge zum Thema an, achten auf einen nachhaltigen Betrieb – auch wenn weiterhin noch viel Luft nach oben ist. Wichtig ist jedoch, und dieses Thema kommt leider noch viel zu kurz, eine ethische Reflexion des eigenen Verhaltens und bestehender Handlungsmuster in der Gesellschaft. Nachhaltigkeit mag als kollektives Ziel durch entsprechende demokratische Instanzen festgelegt worden sein, die dieses Ziel nicht

nur definieren (beispielsweise der Brundtland Bericht und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen), sondern auch durchsetzen, wie etwa im Kyoto-Protokoll und im Pariser Abkommen.

Aber die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll und wie die Ausgestaltung des Ziels im Detail auszusehen hat, ist oftmals ein Streitpunkt. Das liegt daran, dass in einem globalen Prozess viele Menschen mit unterschiedlichen Wertevorstellungen und Kulturverständnissen mitwirken. Nachhaltigkeit mag für die Managerin eines globalen Konzerns erst einmal was anderes bedeuten als für einen buddhistischen Mönch, ebenso wie es für die Landwirtin in einem Schwellenland anders ist als für den Eigentümer eines Familienbetriebs im Dorf um die Ecke. Das Ziel „nachhaltige Entwicklung“ mag zwar legitim sein, da es dem gesellschaftlichen Wohl als Ganzem dient, aber die „Richtigkeit“ der konkreten Ausführung von Verhalten ist nicht automatisch mit eingeschlossen. Es können durchaus unterschiedliche subjektive und objektive Meinungen darüber existieren, ob eine Maßnahme sinnvoll, legitim und zielführend ist.

Die Aufgabe unserer Zeit liegt also nicht nur in den Herausforderungen, die sich uns im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung stellen, sondern auch – und vor allem – in ihrer Umsetzung. Und genau das ist der Grund, weshalb Studierende an einer Hochschule nicht nur ihr Fach

und die damit verbundenen Problematiken für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft lernen sollten, sondern auch einen reflektierten Umgang damit und die Fähigkeit zum kritischen Denken.

Dies ist natürlich kein Thema für ein Wochenendseminar. Damit Hochschulen ihre Studierenden zu einer ethischen Reflexion ihres Handelns und des Handelns anderer befähigen können, müssen sie auf unterschiedlichsten Ebenen ansetzen: in der Lehre und Forschung, im Betrieb und der Governance der Hochschule und im Transfer des Wissens von der Hochschule in die Gesellschaft und vice versa.

Die Umsetzung ist beim Thema Ethik nicht ganz so einfach wie beim „klassischeren“ Thema Nachhaltigkeit, wo entsprechend Stellschrauben schnell gefunden sind, wie beispielsweise Energieeffizienz durch entsprechende Beleuchtung, Angebot regionaler und vegetarischer Gerichte in der Mensa oder auch eine grüne Campusgestaltung. Denn der Einbezug der Ethik in die Hochschulen bedeutet eine zunehmende Auseinandersetzung und Infragestellung bestehender Handlungsmuster, die Konfrontation mit Dilemmata, einer breiten Diskursführung und dem Aushalten von Kompromissen, Streitpunkten, anderen Meinungen, Rückschlägen und langen Prozessen, bis sich der Erfolg einstellt.

Es ist es dennoch umso mehr wert, den Schritt als Hochschule zu gehen und ethische Fragestellungen

zunehmend in der Lehre aufzugreifen – ob als verpflichtendes Fach für jeden oder als integraler Bestandteil in allen Fächern. Wichtig ist aber, dass die Hochschulen ein Gespür dafür entwickeln, engagierte Lehrende und Studierende unterstützen und ihre Vorbildrolle einnehmen.

Hier kommen die aktuellen Entwicklungen in der Hochschullandschaft ins Spiel: Ein Zusammenschluss von vier studentischen Organisationen, neben „sneep e.V.“ sind dies „netzwerk n e.V.“, „Weitblick e.V.“ und „Was bildet ihr uns ein? e.V.“, hat 2017 das Positionspapier „Nachhaltigkeit und Ethik an Hochschulen“ verfasst, um eine Sammlung der wichtigsten Forderungen zu Lehre, Forschung, Betrieb und Governance kommunizieren zu können. Das Papier ist über einen langen Austauschprozess innerhalb dieser vier Organisationen und im Dialog mit Experten aus der Hochschule und Zivilgesellschaft entstanden. Jede Person kann sich dieses Papiers bedienen, um eigene Entwicklungen an der Hochschule anzustoßen.

Studierende wollen diesen Prozess von unten heraus angehen, sie sind aber auch auf die Unterstützung von allen anderen Seiten angewiesen. Das bedeutet, dass Privatpersonen, Hochschullehrende, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und studentische Vereine dieses Papier mit unterstützen können. Das heißt aber ebenso, dass auch auf anderen Ebenen aktiv mit in den Prozess eingegriffen werden muss. So gibt es beispielsweise mit „UN PRME“ (UN Principles for Responsible Management Education) oder dem Netzwerk „NOCH-N“ zwei weitere Vereinigungen, die als Lehrende beziehungsweise Hochschulen selbst das Thema Verantwortung und Ethik sowie Nachhaltigkeit vorantreiben wollen. *Loreen Wachsmuth*

INFORMATION

Das Positionspapier kann durch die Unterschrift auf der gleichnamigen Petition oder durch ein Logo/Statement auf folgender Website unterstützt werden: <http://www.nachhaltige-hochschulen.de/unterzeichnen/>

Initiative Nachhaltigkeit und Ethik an Hochschulen (2017): Positionspapier Nachhaltigkeit und Ethik an Hochschulen. Online abrufbar unter: <http://www.nachhaltige-hochschulen.de/> [13.05.2018]

„sneep“, student network for ethic in economics and practice (2018): Studiengangsliste. Online abrufbar unter: <http://www.sneep.info/angebote/studiengangsliste/> [13.05.2018]

FREIHEIT UND ENGAGEMENT

Volker Wissing über ethische Implikationen des Glaubens

Der rheinland-pfälzische Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und stellvertretende Ministerpräsident, Volker Wissing, ist Mitglied im Kuratorium der Evangelischen Akademie der Pfalz. Der promovierte Jurist und FDP-Landesvorsitzende entstammt einer evangelischen Familie in der Südpfalz. Für die „Protex“ sprach Martin Schuck mit ihm über die Gründe für sein Engagement in der Evangelischen Akademie, besonders über die wirtschaftsethische Ausrichtung des Programms der Jungen Akademie.

Herr Minister Wissing, welche Motive stehen hinter Ihrem Engagement in der Evangelischen Akademie?

Freiheit und Christentum gehören zusammen. Der christliche Glaube basiert auf der Freiheit des Einzelnen, sich der Gnade Gottes zu öffnen und Verantwortung zu übernehmen. Ich unterstütze die Evangelische Akademie, weil sie durch engagierte Bildungsarbeit dabei hilft, wahrhaftige Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu finden. Die rasanten Veränderungen in der Welt, die Einwanderung nach Deutschland und das Erstarken extremistischer Parteien sind beispielsweise Anlass und zugleich Chance für eine Rückbesinnung. Für Christen greift es zu kurz, andere Kulturen und Werte als fremd abzulehnen. Wir müssen uns vielmehr als Gesellschaft bewusst sein, was uns ausmacht. Hier können die Kirchen einen wertvollen Beitrag leisten, Fehler zu vermeiden. Das symbolische Aufhängen von Kreuzen in Behörden, wie jüngst in Bayern geschehen, ist in Wahrheit nur ein Ausgrenzen anderer. Die Kirchen haben sich von dieser Politik deshalb zu Recht distanziert. Das Kreuz wird missbraucht, wenn es zum Symbol der Ablehnung anderer wird. Die Botschaft des Todes Jesu Christi ist grenzenlose Liebe, nicht Abgrenzung oder gar Ablehnung. Wenn wir



Volker Wissing. (Foto: pv)

das Vermächtnis der Taube mit dem Ölblatt als kulturstiftend ernst nehmen, müssen wir andere einladen, das mit uns zu teilen, was uns als freie, christlich-abendländisch geprägte Gesellschaft ausmacht. Nur auf dieser Grundlage kann Integration gelingen. Niemand kann sich in eine Gesellschaft integrieren, die selbst nicht aus Überzeugung lebt, was sie als ihren Kern definiert.

Wie beurteilen Sie die Ausrichtung der Jungen Akademie auf wirtschaftsethische Fragen, und welche Bedeutung messen Sie dem Zertifikat für ökonomische und wirtschaftsethische Bildung bei?

Wirtschaft braucht Ethik, und Marktwirtschaft braucht Verantwort-

ung. Die Finanzkrise war das Memento einer Wirtschaft, die sich ihrer Verantwortung zu entledigen suchte. Auch die Manipulationen in der Automobilindustrie sind Indizien dafür, dass es um die Verankerung von Verantwortung in der Wirtschaft nicht gut bestellt ist. Wenn Manager ihre Millionengehälter damit rechtfertigen, sie trügen Verantwortung für das Gesamtunternehmen, sich im Krisenfall aber regelmäßig weigern, diese auch tatsächlich zu übernehmen, zeugt das von einem enormen Werteverfall. Unseren Wertvorstellungen entspricht das Bild des Kapitäns, der als Letzter das sinkende Schiff verlässt. Heute hat man vielfach den Eindruck, die Manager gehen als Erste und nehmen die Vorräte mit. Die Marktwirtschaft eröffnet Freiräume zur Eigenverantwortung, nicht zur Selbstbedienung auf Kosten anderer. Marktwirtschaft darf keine Arena sein, mit einem rechtsfreien Platz in der Mitte, der von gesetzlichen Regelungen umgrenzt wird. Sie setzt auf verantwortungsbewusste Menschen, die zwar ökonomisch, aber gleichzeitig auch ethisch handeln. Die soziale Marktwirtschaft war ein Erfolgskonzept für den Aufbau des Wohlstands. Um nicht nur den Wohlstand, sondern auch den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern, brauchen wir auch

in ökonomischen Fragen die Rückbesinnung auf unsere Werte. Was wir aber nicht brauchen, ist die Abschaffung der Marktwirtschaft, auch nicht in Teilen. Die Marktwirtschaft ist die einzige freiheitsstiftende Marktordnung und zugleich das Spiegelbild unserer Demokratie. Deshalb setze ich mich für Wirtschaftsethik ein. *Das Land Rheinland-Pfalz verfolgt eine Strategie zur Digitalisierung. Welche ethischen Implikationen sind Ihnen dabei wichtig?*

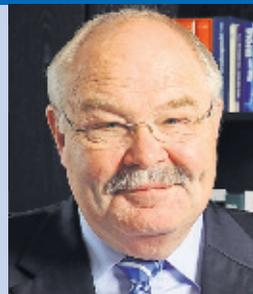
Die Digitalisierung erfasst alle gesellschaftlichen Bereiche mit einer enormen Dynamik. Es ist schwierig für den Gesetzgeber, mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Die Digitalisierung ist aber ein Beleg dafür, wie wichtig die ethische Orientierung der verantwortlich Handelnden ist. Geschäftsmodelle, die im Kern darauf basieren, Steuern und Sozialleistungen zu umgehen, um so den eigenen Profit zu steigern, sind destruktiv. Sie bieten nicht nur keinen gesellschaftlichen Mehrwert, sondern sind eine Gefahr. Gleichwohl bietet die Digitalisierung auch enorme Chancen. Besonders menschenfreundlich finde ich die Chancen der Individualisierung, die uns der digitale Wandel bietet. Auf den eigenen Lebenswandel zugeschnittene Arbeits- und Mobilitätsangebote, die Ressourcen schonen und gleichzeitig neue Entfaltungsmöglichkeiten bieten, sind große Chancen. Weil ich den Schutz der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen als eine der wichtigsten politischen Aufgaben ansehe, freue ich mich über die Möglichkeiten, die uns die Digitalisierung bietet. Und dabei gilt für mich, frei nach Martin Luther: Der Mensch in der digitalisierten Welt ist ein freier Mensch, der zusätzliche Verantwortung für seine neuen Möglichkeiten zu tragen hat.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: ➤ Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. ➤ Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. ➤ Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir senden Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder senden Sie uns eine E-Mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

AUS DEM AKADEMIEPROGRAMM

Stand Mai 2018

7. Juni 2018, 19:30 Uhr, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

Die Versuchung zur Macht und das Elend der Flüchtlinge

Menschen werden zur Flucht gezwungen, auch weil andere rücksichtslos ihre eigenen Interessen verfolgen. Die Versuchungen von Reichtum und Macht sind Triebfedern von Gewalt und Mitursachen von Kriegen. Doch sie finden sich nicht nur an den politischen Schalthebeln. Auch im alltäglichen und beruflichen Leben spielen Egoismen eine entscheidende Rolle. In der Bibel wird geschildert, wie Jesus den Versprechungen irdischer Herrschaft widersteht.

Referent: Peter Balleis SJ, Executive President von „Jesuit Worldwide Learning“ in Genf. In Kooperation mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen.

8. bis 10. Juni 2018, Internationale Jugendherberge Heidelberg

FAIRreisen – Tourismus und Nachhaltigkeit

Wie ist der Wirtschaftszweig „Tourismus“ aufgebaut? Welche sozialen und kulturellen Funktionen haben Reisen? Und lassen sich Tourismus und Nachhaltigkeit überhaupt vereinbaren?

In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Baden. Für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 26 Jahren.

14. und 15. Juni 2018, Butenschoen-Haus, Landau

Denkwerkstatt „Zukunft der Demokratie in Rheinland-Pfalz“

Landespolitiker, Fachleute und Beobachter des politischen Betriebs diskutieren die tief greifenden Verschiebungen, mit denen die parlamentarische Demokratie derzeit konfrontiert ist. Auf persönliche Einladung.

15. Juni 2018, 18.30 Uhr, Butenschoen-Haus, Landau

Verleihung des Jugendpreises für engagierte Querdenker 2018 und des Zertifikats „Wirtschaft und Ethik“

Mit dem Jugendpreis zeichnet die Evangelische Akademie jährlich junge Menschen aus, die mit einem Projekt Themen, Herausforderungen oder Probleme mit gesellschaftlicher Relevanz bearbeiten und reflektieren. Im Rahmen der diesjährigen Verleihung werden auch erstmals die Absolventen des Zertifikats „Wirtschaft und Ethik“ ausgezeichnet

13. September 2018, 19.30 Uhr, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

Das Alevitentum – zwischen Unterdrückung und Selbstfindung

Das Alevitentum durchläuft in Deutschland eine Phase der Befreiung aus äußeren Zwängen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurde ein Lehrstuhl zur Erforschung seiner Lehren und seiner Geschichte eingerichtet.

Dabei ist durchaus intern umstritten, ob es sich um eine muslimische Gemeinschaft oder um eine eigene Religion handelt. In Kooperation mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen.

14. bis 16. September 2018, Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim

Was ist Wirtschaft?

Der Workshop gibt einen Überblick über zentrale Theorien und Modelle der Wirtschaftswissenschaften. Dabei wird insbesondere die Notwendigkeit einer ethischen Perspektive auf wirtschaftliches Handeln diskutiert.

Für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 26 Jahren.

18. September 2018, 18 Uhr, Kreissparkasse Kaiserslautern

Entgrenzung und Entfremdung: Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt rasant wandeln. Mensch und Maschine arbeiten zusammen. Wie definieren wir „gute Arbeit“?

Mit dem Jenaer Soziologen Hartmut Rosa.

In Zusammenarbeit mit der Zukunftsinitiative Rheinland Pfalz (ZIRP) e.V.

21. bis 27. Oktober 2018, Lützen – Dresden – Prag

Religion und Krieg – Herbstakademie der Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz e.V.

Wir besuchen Gedenkstätten des Dreißigjährigen Kriegs und diskutieren über Gewaltpotenziale und die friedensstiftende Kraft von Religion heute.

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt.

6. November 2018, 19 Uhr, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

Christen und Muslime lesen Bibel und Koran:

Leib und Seele in den heiligen Schriften

Der Abend widmet sich anhand von Primärtexten Nähen und Unterschieden in den Konzeptionen und fragt, welchen Einfluss externe Vorstellungen wie Seelenwanderung oder Reinkarnation auf die religiösen Überzeugungen nehmen. In Kooperation mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis Ludwigshafen und der Citykirche Ludwigshafen.

15. November 2018, 16 Uhr, Palais de l'Europe, Strasbourg

Deutsch-französisches Forum Religion und Politik

Welche Rolle spielt der Faktor Religion im sich verändernden Europa?

Das Forum bietet Politikern, Religionsvertretern und Wissenschaftlern zweimal im Jahr die Möglichkeit zum Austausch über diese Fragen.

In Zusammenarbeit mit den Evangelischen Akademien Badens und des Elsass sowie dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Strasbourg und der Konferenz der Kirchen am Rhein.

23. bis 25. November 2018, Butenschoen-Haus, Landau

Männer*Frauen*Wirtschaft. Was Gender mit Ökonomie zu tun hat

Die gender und feminist economics gehören trotz gender pay gap, trotz Studien zur ungleichen Vergabe von Krediten und trotz des Mangels an weiblichen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern nicht zu den gefragtesten Disziplinen der Wirtschaftswissenschaften. Wir wollen dennoch einen Blick auf vermeintliche Männer- und Frauenberufe, auf pink taxes oder den Zusammenhang von Geschlecht und Wirtschaftsverhalten werfen. Für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 26 Jahren.

6. und 7. Dezember 2018, Butenschoen-Haus, Landau

Friedenswissenschaftliche Tagung:

Erinnerungsräume – Lernräume – Friedensräume

Erinnerung spielt sich nicht im Nirgendwo ab, sondern in realen und in imaginierten Räumen. Die Tagung ist international ausgerichtet, ein Fokus liegt auf der deutsch-französischen Grenzregion und dem Westwall.

Referenten: Elisabeth Rau, Historikerin, Timothy Williams, Friedens- und Konfliktforscher, Deborah Feldman, Autorin des autobiografischen Romans „Unorthodox“.

In Zusammenarbeit mit der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

E-Mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post senden: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname _____ Name _____

E-Mail _____ Beruf _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____